

Mit der Aufnahme des Skateboardfahrens ins Olympische Programm von Tokio 2020 erlebt der Sport eine Wiedervereinigung – ein Essay zur Zeitgeschichte von Sport und Gesellschaft. **Seiten 18 und 19**

Foto: 123rf/ptervort [M]

STANDPUNKT

Identität, rechtsgedreht

Velten Schäfer über Sarkozys Sägen an der Staatsbürgerschaft

Würde Nicolas Sarkozy Präsident, müsste wohl die Ideengeschichte umgeschrieben werden. Denn bisher lehrt dieselbe, die Scheide zwischen der republikanisch-demokratischen Idee der Nation und einer tendenziell rassistischen werde vom Ius Soli markiert: Nicht das »Blut« entscheidet, ob man dazugehört, wie etwa in deutscher Tradition. Sondern die Geburt auf dem Boden des Landes, wie im republikanischen Frankreich.

Das ist zwar reichlich vereinfacht. Doch bleibt es ein Dammbruch, dass Sarkozy jetzt am Geburtsrecht auf die Staatsangehörigkeit zu sägen beginnt. Die »nationale Identität«, die der mögliche Präsidentschaftsbewerber zum Angelpunkt einer Kampagne zu machen beginnt, erfüllt eine exklusivere Neuausrichtung – eine Operation am Selbstverständnis des Landes.

Denn so verstanden beschreibt »Identität« nicht bloß, was in einem Land Sache und wer dort ansässig ist. Sondern in dem Wort schwingt mit, wie dort zu leben sei und wer das Recht dazu habe. Dies aber ist in diversen Härtegraden das große Thema in der Rechten Europas: von der akut leitkulturschwangeren CSU über FPÖ und Front National bis hin zu den radikalen Kräften, die sich die »Identität« als rechtsgedrehten Imperativ gleich zum Namen erkoren haben.

Es sind, auch wenn der deutsche Geheimdienst die hiesige Sektion nun beobachtet, gute Zeiten für die »Identitären« – die ihren Anfang übrigens vor bald 15 Jahren in Frankreich nahmen.

UNTEN LINKS

Ihre Politik fühlt sich für uns Menschen schon lange so an, wie es sich für einen Hund anfühlen muss, wochenlang in einem winzigen, kalten, fensterlosen Kellerverschlag festgekettet zu sein. Und auf ihren Wahlplakaten sehen wir genau jene erloschenen Buchhaltertypen und Elendsgestalten, von denen wir uns plastisch vorstellen können, dass sie ihre Freizeit bevorzugt mit dem Foltern possibler kleiner Pelztierchen verbringen. Insofern kann man der SPD also nicht den geringsten Vorwurf machen. Alles ist wie immer. Ihre schon seit etlichen Jahren währenden Anstrengungen, bei den jeweils bevorstehenden Wahlen endlich ein einstelliges Ergebnis zu erzielen, hätten, wenn alles weiter genau so gemacht worden wäre wie bisher, demnächst Früchte tragen können. Doch nun ist die Partei auf die steindumme Idee verfallen, bei ihren zurzeit in Berlin zu sehenden Großplakaten den Schriftzug »SPD« wegzulassen. Jetzt wird der darauf abgebildete Eumel natürlich gewählt! tbt

Seit neun Jahrzehnten olympisch

Visionär, revolutionär, legendär: Kubas langjähriger Staatschef Fidel Castro wird 90

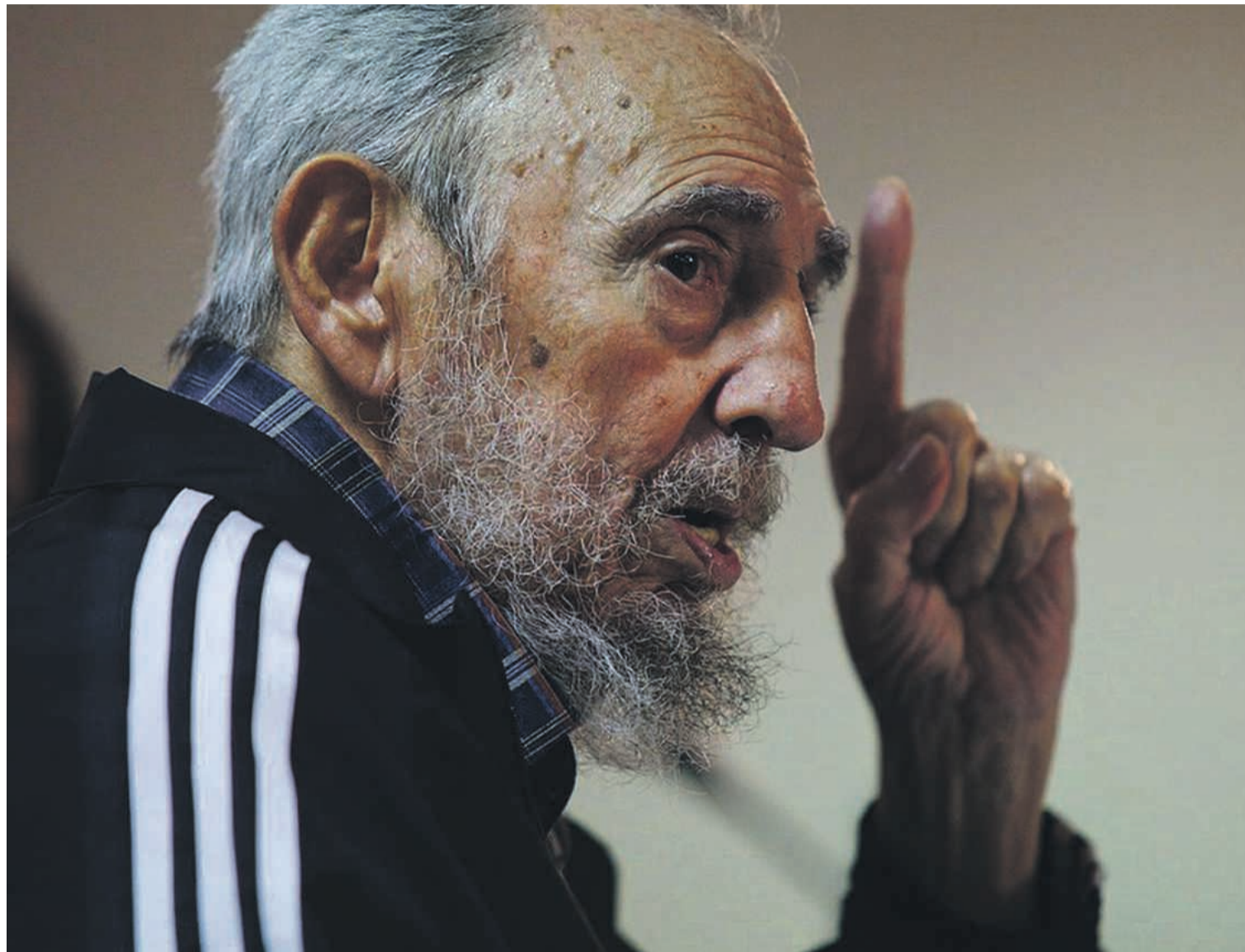


Foto: dpa/Roberto Chile/Cubadebate

Berlin. Kein Zweifel: Fidel Castro wird als Sportbegeisterter die Olympischen Spiele in Rio de Janeiro interessiert verfolgen – fraglich jedoch, ob auch an seinem 90. Geburtstag am 13. August Zeit dafür bleibt. Hartnäckig hält sich der Mythos, dass die Geschichte des 20. Jahrhunderts ganz anders geschrieben hätte werden müssen, wäre Castro beim Probetraining in den USA Ende der 40er Jahre nicht durchgefallen, sondern als Profi bei einem Baseballverein verpflichtet worden. Fakt ist, dass er mit 16 auf ein Jesuitenkolleg in Havanna wechselte und sich einen Ruf als herausragender Athlet erwarb – er glänzte in

Baseball und Basketball und wurde 1944 zum vielseitigsten Schulsportler Kubas gewählt.

Weltweites Aufsehen erregte er erstmals 1953 beim sportlich gewagten Versuch, mit ein paar Mitstreitern die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba zu erstürmen – das Unterfangen scheiterte, das Datum aber, der 26. Juli, wurde später ebenso zum Nationalfeiertag erklärt wie der 1. Januar, an dem 1959 nach zweijährigem Guerillakampf der Diktator Batista floh. Castro als Inbegriff der kubanischen Revolution wurde zum Idol linker Bewegungen. Der USA-Politik galt er als Hassfigur, gegen die Attentats- und Putschpläne geschmiedet wurden.

Talent hatte Castro auch im Umgang mit der Machete, was er bei Zuckerrohrrenten demonstrierte. 1970 wurde ein mehr als ambitioniertes Planziel vorgegeben: zehn Millionen Tonnen! »Ich habe nie im Leben für etwas so viel Energie aufgewendet wie für diese Zehn-Millionen-Zafra, ich wusste ja, was sie für die Revolution und das Land bedeutet«, sagte Castro. Allen Anstrengungen und einer Rekordernote zum Trotz wurde das Ziel klar verfehlt. »Das muss uns eine große Lehre sein. Die Revolution ist etwas Wunderbares, aber sie erfordert mehr Ernsthaftigkeit, mehr Nachdenken«, war sein Fazit. ml Seite 21

Sarkozy im Fahrwasser der Front National

Französischer Ex-Präsident macht Stimmung gegen das Staatsbürgerschaftsrecht

Um seine Chancen zu vergrößern, bei der für November angesetzten Vorwahl der Rechten als Präsidentschaftskandidat gekürt zu werden, scheut Nicolas Sarkozy vor nichts zurück.

Von Ralf Klingsieck, Paris

In einem Interview für die rechts-extreme Zeitschrift »Valeurs actuelles« griff der französische Ex-Präsident Sarkozy jetzt populistische Argumente der Front National auf. Dabei ging es um die Debatte zum Kampf gegen den islamistischen Terrorismus und zur inneren Sicherheit in Frankreich.

Während Sarkozy noch im Herbst 2015 in einem Buch versicherte, das »Droit du sol«, also das traditionelle automatische Anrecht auf die französische Staatsangehörigkeit für in Frankreich geborene Kinder bei Erreichung des 18. Lebensjahres, nicht antasten zu wollen, vollzog er nun eine Kehrtwende. Minderjährige,

die wiederholt mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind oder sogar verurteilt wurden, soll die Staatsbürgerschaft verwehrt bleiben. Dasselbe soll gelten, wenn sich die Eltern zum Zeitpunkt der Geburt illegal in Frankreich aufhielten. Das ruft nicht nur Menschenrechtsgruppen, Rechtsexperten und linke Politiker auf den Plan, sondern sogar Kritiker aus dem eigenen Lager – wie die »Mitkandidatin« Nathalie Kosciusko-Morizet, die bemerkt, dass Sarkozy damit de facto in Kauf nimmt, Staatenlose zu schaffen, was durch UNO-Beschlüsse verboten ist.

Sarkozy, der offiziell noch gar nicht erklärt hat, ob er sich um die Präsidentschaftskandidatur bewerben wird – woran aber kaum zu zweifeln ist –, stellt den Wahlkampf der Rechten schon jetzt unter das Zeichen der »Nationalen Identität«. Damit dürfte in die öffentliche Debatte auch die For-

kräftig verurteilten Kriminellen oder gar Terroristen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen, die französische abzuwerfen und sie in ihre Heimat ab-

Doppelte Staatsangehörigkeit ist unter Franzosen, deren Familien aus Nordafrika oder der Türkei stammen, sehr verbreitet.

zuschieben. Zunächst als Innenminister 2005-2007 und ab 2007 als Präsident hatte Nicolas Sarkozy mehrfach Anlauf genommen, das Gesetz in diesem Sinne ändern zu lassen. Da die Ablehnung in der Öffentlichkeit und selbst im eigenen Lager zu groß war, hatte er das Thema seinerzeit fallen gelassen. Ganz aufge-

geben hat er es wohl nicht, zumal es sich dabei um eine der populistischen Forderungen der Front National handelt, die sich der Ex-Präsident auf der Suche nach zusätzlichen Wählerstimmen schrittweise zu eigen zu machen versucht. Doppelte Staatsangehörigkeit ist in Frankreich erlaubt und vor allem unter Franzosen, deren Familien aus Nordafrika oder der Türkei stammen, sehr verbreitet.

In dem Interview präsentiert sich Sarkozy als Stratege im Krieg gegen internationalen Terrorismus und damit als Alternative zu der von ihm als zögerlich und nachgiebig dargestellten linken Exekutive. Er fordert, die Beziehungen zu Russland zu normalisieren und gemeinsames Handeln gegen Terrorismus zu vereinbaren. Die arabischen Länder sollten seiner Überzeugung nach gedrängt werden, eigene Bodentruppen in den Kampf gegen den Islamischen Staat zu schicken.

IS verschleppt 2000 Geiseln

Rückzug der Dschihadisten aus der nordsyrischen Stadt Manbidsch

Damaskus. Die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) hat nach Angaben von gegnerischen Rebellen und Aktivisten bei ihrem Rückzug aus Manbidsch etwa 2000 Zivilisten entführt. Die IS-Kämpfer hätten die Zivilisten am Freitag aus Al-Sireb, dem letzten Viertel der nordsyrischen Stadt, in dem sie noch Widerstand leisteten, verschleppt, erklärte die Gruppierung SDF. »Sie haben die Zivilisten als menschliche Schutzschilde benutzt, die uns daran gehindert haben, sie ins Visier zu nehmen«, erklärte das Bündnis aus arabischen und kurdischen Kämpfern. Die Dschihadisten seien mit den Geiseln Richtung Dscharablus geflohen, einer von der IS-Miliz kontrollierten Stadt rund 40 Kilometer nördlich von Manbidsch.

Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte bestätigte die Entführung von Zivilisten durch die Dschihadisten. Diese hätten rund 2000 Geiseln in 500 Autos Richtung Dscharablus gefahren, erklärte die oppositionsnahe Organisation. Ihre Informationen sind meist kaum zu überprüfen. AFP/nd

Kreml-Stabschef ausgewechselt

Präsident Putin entlässt Iwanow

Moskau. Der russische Präsident Wladimir Putin hat seinen langjährigen Vertrauten, Kreml-Stabschef Sergej Iwanow, überraschend entlassen. Dies sei auf dessen eigenen Wunsch geschehen, erklärten beide Politiker. Iwanow werde künftig Sonderbeauftragter des Präsidenten für Umwelt und Transport, teilte der Kreml am Freitag in einem Dekret mit. Der 63-jährige Iwanow stammt wie Putin aus St. Petersburg. Der frühere Vizeregierungschef gilt als enger Verbündeter Putins und war 2012 auf den Posten des Kreml-Verwaltungschefs berufen worden. Zeitweilig wurde Iwanow auch als Kandidat für den Posten des Regierungschefs oder des Präsidenten gehandelt. Nachfolger Iwanows als Kreml-Stabschef wird sein bisheriger Stellvertreter Anton Waino.

Die überraschende Personalie kommt zwei Wochen nach einer Serie von Neubeförderungen regionaler Spitzenbeamter. Diese wurde von manchen Experten so verstanden, dass sich der Kreml vor der Parlamentswahl am 18. September in Stellung bringt. AFP/nd Kommentar Seite 2

Wirtschaft wächst langsamer

LINKE fordert Entlastung geringer und mittlerer Einkommen

Berlin. Die Konjunktur hat sich merklich abgekühlt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im zweiten Quartal nur noch um 0,4 Prozent, wie das Statistische Bundesamt am Freitag mitteilte. Zu Jahresanfang belief sich das Wachstum noch auf 0,7 Prozent. Auch in der übrigen Eurozone verlangsamte sich das Wachstum. Es halbierte sich im vergangenen Quartal laut der europäischen Statistikbehörde Eurostat auf 0,3 Prozent.

Angesichts dieser Zahlen hat der wirtschaftspolitische Sprecher der LINKEN im Bundestag, Michael Schlecht, gegenüber »nd« eine Steuerreform ins Spiel gebracht: »Zur Stärkung der Binnennachfrage brauchen wir die Entlastung der geringen und mittleren Einkommen gegenfinanziert durch höhere Steuern von Spitzenverdienern und Superreichen.« Insbesondere aber auch eine bessere Lohnentwicklung und mehr öffentliche Investitionen könnten Schlecht zufolge die Binnennachfrage stärken und so die Wirtschaft gegenüber globalen Turbulenzen widerstandsfähiger machen. spo Seiten 2 und 8